

C. Sachanträge an den 12. Landesparteitag

C.1. ZEIT FÜR VERÄNDERUNG - DEN AUFBRUCH ERMÖGLICHEN Strategische Eckpunkte für DIE LINKE. Sachsen

ÄC.1.28. Änderungsantrag zum Sachantrag C.1. – 3. Für die Menschen

EinreicherInnen: Antje Feiks, Stefan Hartmann

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Ersetze in Zeile 222 – 225:

„Die sächsische LINKE versteht sich nicht als Interessenvertretung aller Bevölkerungsschichten. Sie strebt auch nicht danach, in die Mitte der Gesellschaft zu rücken. Sie wird sich vor allem für die Belange der lohnabhängig Beschäftigten sowie der Benachteiligten und Ausgegrenzten aller Generationen einsetzen.“

durch:

„DIE LINKE Sachsen ringt genau wie DIE LINKE auf Bundesebene und in allen Ländern daher um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft. Dieses Bündnis soll sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie bedrohte Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus ansprechen. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig arbeitender, erwerbsloser und diskriminierter Menschen in Deutschland sowie im europäischen und internationalen Maßstab und ihren konkreten Problemen aus. Ein Ausgleich der Interessen von denen in freien Berufen, von Kleinunternehmen und den gewerkschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen ist lohnend für Demokratie und Volkswirtschaft. Ohne den Mut und die Ausdauer von Handwerksbetrieben, Erfinderinnen und Kleingewerbetreibenden wären nachhaltig-ökologische Produkte oft so nicht durchgesetzt worden und wäre der Ausbau regionaler Kreisläufe undenkbar. Zudem haben kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige oft ein hohes innovatives und kreatives Potenzial. DIE LINKE beteiligt sich daran mit Rat und Tat, um den gemeinsamen Streit für Binnenkaufkraft, für Freiheit von monopolkapitalistischer Gängelung und von Bank-Diktaten zu verbreitern.“

Begründung:

Warum die Antragsteller an dieser Stelle so grundsätzlich von den hart erkämpften Formulierungen unseres „Erfurter Programms“ abweichen wollen, erschließt sich nicht. Die von den Antragstellern gewählte Formulierung, dass sich DIE LINKE NICHT als Interessenvertretung aller Bevölkerungsschichten versteht ist einerseits eine völlige Banalität und führt zum anderen in die Irre, da wir die Interessen der Mehrheit der Menschen im Land sehr wohl vertreten - wie bereits Oskar Lafontaine feststellte, der „99 Prozent“, wie es einst die Occupy-Bewegung formulierte.

Ebenso gilt, dass wir Interessen immer im Bündnis vertreten - und das muss auch so gesagt werden, um nicht als paternalistischer Ansatz missverstanden zu werden.

Nun ist klar, dass das Erfurter Programm gültig ist - völlig unabhängig davon, ob hier abweichendes beschlossen wird. Um jedoch die Tragweite der Differenz deutlich zu machen, hat der Landesparteitag

hier die Möglichkeit, zwischen den Formulierungen einerseits des Erfurter Programms der LINKEN und andererseits des Liebnechtkreises zu entscheiden.

Entscheidung des Parteitages:

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltung: _____

Bemerkung: _____